



Tagesordnung

Sitzung vom 18.06.2019

TOP 0 Formalia

TOP 1 Berichte

- 1) ZfS – Service Learning Modul
- 2) Bündnis Verfasste Studierendenschaft bvs
- 3) Vorstandsbericht
- 4) Hochschulfinanzierungspositionspapier (Außenreferat)
- 5) Ankündigung Lehramtsreferat, Neubesetzung FACE

TOP 2 Abstimmungen

TOP 3 Sondervoten

- 1) Kulturanthropologie
- 2) Bierrechte Uni Freiburg
- 3) FB Politik, FB Geschichte

TOP 4 Ideelle Unterstützung

- 1) Antrag auf Ideelle Unterstützung Rap Fatale
- 2) Entzug der ideellen Unterstützung Pulse of Europe Freiburg

TOP 5 Finanzanträge

- 1) „Wie geht eigentlich Hochschulfinanzierung?“ (FB AgeSoz)

TOP 6 Änderung Redeliste StuRa-GO

- 1) Redelisten (Iris Kimizoglu)

TOP 7 Sonstige Anträge

- 1) Mittel für Öffentlichkeitsarbeit (PR-Referat)
- 2) Produktion von StuRa-Info-Videos (PR-Referat)

TOP 8 Termine und Sonstiges

25.6. Universitäts- und StuRa-Wahlen → Am Tag der Wahl findet keine reguläre StuRa-Sitzung statt. Die nächste reguläre Sitzung findet entsprechend am 02.07. statt.

Vorstandsbericht StuRa-Sitzung 18.06.2019

- Das SVB-Gremium sucht noch dringend engagierte Menschen! Bewerbt euch, und entscheidet was mit den SVB-Geldern passiert
 - <https://www.stura.uni-freiburg.de/news/svb-gremium2019>
- Waren auf der AS-Sitzung in Hannover und haben über die Verbandsarbeit im fzs gesprochen
 - Rassismuskritik im Verband wird weiter besprochen
 - Es bestehen Konflikte mit dem Ausschuss Internationales des fzs
 - Es fand guter Austausch statt
- Eine Person aus dem Vorstand war auf der LAK in Konstanz.
 - Haben das Hochschulfinanzierungspapier (im Anhang) verabschiedet. Außenreferat berichtet hierüber mehr.
 - Außerdem hat sich die LAK mit fff solidarisiert.
 - Desweiteren hat die LAK das Lehramtspapier verabschiedet. Unsere Änderungsanträge zu Diversität/Antidiskriminierung und zu 7/3 Semestern B.A. M.A. wurden weitgehend übernommen, Praktikum im Gymnasiallehramt und vorbereitende Gestaltung für das OP wurden leider nicht übernommen.
 - Es gibt personelle Umbrüche im Präsidium der LAK. Wenngleich das neue Präsidium der LAK kompetent ist, so wurde doch jegliche Rücksichtnahme auf Quotierung ignoriert.
- Am Samstag hat sich eine Person aus dem Vorstand mit engagierten und interessierten Menschen getroffen um gemeinsam ein Klimaforderungspapier an die Uni zu entwickeln.
 - Wenn ein solches Papier entstanden ist, wird es natürlich in den StuRa zur Abstimmung eingereicht.
 - Wer noch Interesse an der Mitarbeit hat, kann gerne vorbeikommen oder Ideen einbringen.
- UB-JF (Vor Pfingsten)
 - Vorstand VS, Leitung UB, persönliche Referentin des Rektors
 - Findet bald regelmäßig statt
 - Vermutlich September, November, Mai, Februar
 - gibt uns die Themen und Punkte weiter, die wir gegenüber der UB-Leitung ansprechen sollten
- SVB-Gremium

- Möchten erneut Antrag an die dezentralen SVB-Mittel, und baten uns Druck auf das SVB Gremium auszuüben, welches wir natürlich verneint haben
- Gewaltenteilung in unserer Struktur wurde der UB nochmal klar erklärt
- Bewerben von Veranstaltungen
 - haben bezüglich der Möglichkeit von Veranstaltungen bewerben gesprochen
 - UB bewirbt nur papierfrei, es gibt die Möglichkeit auf digitalen Stehlen zu bewerben
 - Auswahl läuft aber UB, deshalb sehr strikte Regeln
 - Es gibt die Möglichkeit, eine eigene Stehle zu kaufen
 - die UB schickt uns diesbezüglich noch Vergleichsangebote zu
- UB Nachtschließung
 - haben nach den Zahlen bezüglich der Einsparungen gefragt
 - bis jetzt liegen noch keine Zahlen vor, vermutlich kommen die ersten Zahlen erst nach einem Jahr
- Barrierefreiheit
 - laut UB wird alles im technischen und finanziellen Rahmen Mögliche bezüglich der Barrierefreiheit getan
 - Schlussfolgerung der UB: UB sollte bei Sondererlaubnissen restriktiver vorgehen und weniger Anträge genehmigen
 - Thema Barrierefreiheit wird von uns vermutlich nochmal in das JF mit dem Rektorat mitgenommen

**An alle StuRa-Mitglieder
an das StuRa-Präsidium
an den Vorstand vorab zur Kenntnis**



zur Verlesung in der StuRa-Sitzung am 18. Juni 2019

**Sondervotum des Fachbereichs Kulturanthropologie
gemäß § 9 StuRa-GO**

zu den ablehnenden StuRa-Entscheidungen des Antrags und Änderungsantrags
„Redeliste AStA“ sowie des Antrags „Redeliste StuRa“ (Sitzung vom 04. Juni):

Selbstverständlich respektieren wir, der Fachbereich Kulturanthropologie, das mehrheitliche Abstimmungsergebnis des StuRa zu den Original- und Änderungsanträgen betreffend der Redelisten im StuRa und AStA. Gleichwohl möchten wir mit diesem Sondervotum unseren Frust, unsere Enttäuschung und unsere Bedenken über den Ausgang dieser Abstimmungen zum Ausdruck zu bringen.

Ja, es stimmt: Es ist in der Tat nicht ganz einfach, eine Redelisten-Regelung zu finden, die sowohl gleichstellungspolitischen Zielen umfänglich gerecht wird als auch praxistauglich und dabei zugleich noch möglichst einfach und verständlich gestaltet ist. Dieses Problem und einzelne in der StuRa-Diskussion vorgebrachte Einwände können wir nachvollziehen, auch wenn wir sie nicht teilen.

Es ist unserer Ansicht nach allerdings zutiefst falsch und unangemessen, deswegen **sämtliche Anträge** einfach abzulehnen. Sehr viel konstruktiver und zielführender hätten wir es gefunden, wenn beispielsweise **weitere Änderungsanträge und konkrete Gestaltungsvorschläge** aus den Reihen des StuRa eingebracht worden wären.

Einen Status quo zu verändern ist oft nicht besonders leicht. Das erfordert Mut und den Willen zu Auseinandersetzung und Veränderung. Es ist für uns äußerst bedauerlich und bedenkenswert, dass der StuRa diesen Mut und diesen Willen anscheinend mehrheitlich nicht aufbringen konnte.

Wir wissen nicht, welche Argumente einzelne Fachbereiche und Initiativen für ein Votum gegen sämtliche Anträge bewogen haben und möchten keinesfalls irgendwelche Unterstellungen vornehmen. Sollte der Beschluss des StuRa jedoch als ein Ausdruck gegen die Förderung von Gleichberechtigung und die Anerkennung von geschlechtlicher Vielfalt aufgefasst werden (oder worden sein), so **distanzieren wir uns** von dem mehrheitlichen Abstimmungsverhalten auf das Schärfste.

Wir bekennen uns zu geschlechtlicher Vielfalt und wollen alle unsere Kommiliton*innen, gleich welchen Geschlechts sie sich zugehörig fühlen, ausdrücklich dazu ermutigen, sich zu beteiligen, zu engagieren und aktiv das Wort zu ergreifen. Trotz oder vielleicht auch gerade angesichts der offensichtlichen Tatsache, dass der StuRa mehrheitlich leider nicht bereit schien, eine dringend gebotene und leicht zu realisierende Anpassung in den StuRa- und AStA-Geschäftsordnungen vorzunehmen.

Nach wie vor und unbedingt benötigt werden aus unserer Sicht erstens eine **Vereinheitlichung** der Redelisten-Regelungen in StuRa und AStA sowie zweitens eine sensible, auf Ungleichheiten und Marginalisierungen reagierende Form der Ausgestaltung, die alle, auch nicht-binäre, Personen berücksichtigt und buchstäblich zu Wort kommen lässt. Wir sind der festen Überzeugung, dass **bestehende Stigmatisierungen, Ungerechtigkeiten und Ausschlussmechanismen abzubauen und zu beseitigen** sind. Die derzeitigen Formulierungen und Regelungen müssen daher in jedem Fall geändert und dringend semantisch geöffnet werden.

Wir sind irritiert und enttäuscht, dass der StuRa jedoch anscheinend mehrheitlich zaudert, beharrend zögert und sich schließlich in einer „General-Ablehnung“ sämtlicher Anträge ergeht. Wir können nur hoffen, dass aus den Reihen des StuRa in Zukunft **konstruktive Maßnahmen und lösungsorientierte Vorschläge** erfolgen werden. Insbesondere einen weiteren Antrag, der auf die genannten Absichten zielt, würden wir sehr begrüßen und wären auch gerne bereit, diesen zu unterstützen.



Sondervotum: StuRa lehnt Verbesserungen in der Gleichstellung der Geschlechter erneut ab!

In seiner Sitzung am 04. Juni d.J. hat der Studierendenrat u.a. über den satzungsändernden Antrag des AK Satzungen und Ordnungen „Zusammensetzung der Gremien“ entschieden. Der StuRa hat bei der Abstimmung seine Ablehnung dadurch ausgedrückt, dass die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht zustande gekommen ist. Der Antrag sah dabei dringend notwendige Verbesserungen in der Satzung vor, wie die Neueinführung der geschlechtergerechten Zusammensetzungen im StuRa-Präsidium und der allgemeinen Berücksichtigung des Dritten Geschlechts, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Oktober vergangenen Jahres notwendig geworden war.

Bierrechte Uni Freiburg spricht sich entschieden gegen die Entscheidung des StuRa aus: Sie diskriminiert weiterhin Menschen, die sich den Kategorien von „Mann“ und „Frau“ nicht zuordnen können und ist damit nicht nur ungerecht, sondern auch verfassungswidrig.

Besonderes Unverständnis müssen wir über die der Entscheidung vorausgegangene Diskussion zum Ausdruck bringen: Nicht nur, dass im StuRa offen diskriminierende Diskursformen zu Tage getreten sind, wurden insbesondere die Meinungen von diskriminierten Gruppen u.E. geringgeschätzt. So finden sich weder das eindeutige Votum des FLTI*-Plenums für den Originalantrag noch das Votum des autonomen Regenbogenreferats in der Entscheidung wieder. Vielmehr schien es dem StuRa besonders am Herzen zu liegen, die vorherrschenden Privilegien des männlichen Geschlechts durch eine zweiseitige Quote zu schützen und so das Patriarchat zu verteidigen. Aktive und progressive Gleichstellungspolitik, die Frauen* und diverse Personen unterstützt und einbezieht sieht anders aus! Gerade in Anbetracht dessen, dass die Diskussion vorwiegend von männlich-gelesenen Personen geführt wurde.

Wir stehen daher weiterhin für die Einführung einer geschlechtergerechten, antidiskriminierenden und solidarischen Regelung zur Zusammensetzung der zentralen Gremien unserer Struktur und fordern den StuRa auf, Geschlechtergerechtigkeit endlich umzusetzen – damit die Grundforderung nicht weiter ein Lippenbekenntnis bleibt.

gez. Fraktion Bierrechte Uni FR (BUF) im Studierendenrat

Sondervotum der FBe Politik und Geschichte zur Ablehnung der Quotierungsregelung im StuRa



[wir machen geschichte.]
fachschaft geschichte uni freiburg

Seit Anfang des Jahres gilt in Deutschland ein neues Personenstandsgesetz, durch welches über die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Menschen, die sich weder als männlich noch weiblich identifizieren können, anerkannt sind. Dies hat auch für die Verfasste Studierendenschaft als Teilkörperschaft des Öffentlichen Rechts Konsequenzen. Spätestens jetzt müssen wir unsere Satzungen und Ordnungen überarbeiten, da alles andere verfassungswidrig wäre. Der AK Satzungsänderungen und Ordnungen des AStAs hat dazu mehrere Monate gearbeitet und ein Paket an Änderungsanträgen vorgelegt. Mit der Sitzung vom 04.06. hat der Studierendenrat jedoch eine Neuregelung der Quotierung von Vorstand, Präsidium und WSSK abgelehnt.

Uns als Fachbereiche, welche sich dem Ziel der Gleichstellung aller Geschlechter verschrieben haben, enttäuscht nicht nur der Verlauf der Debatte im Studierendenrat, sondern auch das Abstimmungsergebnis. Es gab berechtigte Einwände gegen den unterbreiteten Vorschlag. Jedoch wurde nach unserer Auffassung deutlich, dass auch in den langen Diskussionen keine bessere Lösung gefunden werden konnte. Zudem waren betroffene Menschen des Regenbogenreferats des AStAs in der 2. Lesung der satzungsändernden Anträge anwesend und haben mehrfach ausdrücklich den Wunsch geäußert, den Ursprungsantrag des AK Satzungen und Ordnungen anzunehmen und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt zu modifizieren, sobald bessere Ideen vorliegen würden. Das Regenbogenreferat beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Thema sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Sie haben ein Wissen rund um die Thematik, sowohl als Betroffene als auch als an diesem Thema Arbeitende, welchem der StuRa definitiv nachsteht. Doch anstatt, dass die Fachbereiche und Initiativen dem Wunsch der Betroffenen gefolgt sind, wurde letztendlich so abgestimmt, dass unsere Satzung verfassungswidrig ist. Egal ob man den unterbreiteten Vorschlag gut findet oder nicht, ist es ein Unding, wenn sich der Studierendenrat über die Betroffenenperspektive hinwegsetzt. Denn indem die Mehrheitsgesellschaft sich über die Perspektiven von marginalisierten Gruppen hinwegsetzt, werden Machtstrukturen zementiert und Marginalisierungen verstärkt. Dies ist dem Studierendenrat unwürdig.

Dass einige Initiativen und Fachschaften sich in der Abstimmung enthalten haben, hat uns stark irritiert. Wir fragen uns, ob ihnen nicht bewusst war, dass eine Enthaltung bei satzungsändernden Abstimmungen als Nein-Stimme gewertet werden muss. Enthaltungen suggerieren ein Desinteresse an so wichtigen Themen wie Gleichstellung und Förderung marginalisierter Gruppen. Sich einfach mal zu enthalten, finden wir angesichts der gesellschafts-politischen Debatten die wir führen untragbar.

Man muss einem Antrag nicht zustimmen, wenn man dies nicht kann. Aber das Votum der Betroffenen zu ignorieren zeugt gerade in Abwesenheit von einem besseren Vorschlag von wenig Sensibilität. Der Studierendenrat ist kein herrschaftsfreier Raum, was vor dem Hintergrund, dass an der Debatte gegen die Neuregelung größtenteils Männer teilgenommen haben, umso prekärer ist.

Wir wünschen uns einen Studierendenrat, der marginalisierte Gruppen unbedingt fördert, ihre Perspektiven und Voten respektiert und hierbei eigene Ansichten kritisch reflektiert. Dies ist momentan bei Teilen des Studierendenrats nicht gegeben. Der Weg zur Gleichstellung ist nicht einfach und es gibt keinen perfekten Weg. Aber nichts zu tun, weil man jene schützen will, die gesellschaftlich strukturell sowieso privilegiert sind, ist definitiv die falsche Richtung.

Fachbereich Politik und Fachbereich Geschichte

TOP 1: AntragstellerIn:

Rap Fatale (Female Focus Festival)

TOP 2: Antragsinhalt:

Der Stura möge beschließen, die Gruppe Rap Fatale ideell zu unterstützen.

TOP 3: Begründung:**Vorstellung des Festivals:**

Sexismus und Gewalt gegen Frauen ist im Rap so normal und angesagt, dass es schon beinahe ein PR-Tool ist. Trotzdem gibt es keinen #Aufschrei und keine #MeToo-Debatte.

Aber es gibt fabelhafte Künstler*innen, die guten Rap machen und dabei auf sexistische Widerwärtigkeiten verzichten. Genau diese Künstler*innen wollen wir in den Fokus des ersten Rap Fatale-Festivals in Freiburg rücken und ihnen eine Plattform geben. Es geht zum einen darum ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass es auch anders geht. Vor allem geht es aber auch darum ein eindrucksvolles Festival mit außergewöhnlichen Künstler*innen in Freiburg zu etablieren und gute Musik zu präsentieren.

An zwei Tagen, vom 24.05.2020 – 25.05.2020, wollen wir im Artik und im Slow Club ein female fronted Festival mit Künstler*innen aus den Bereichen Rap und Hip Hop veranstalten. Dabei werden wir einerseits Künstler*innen buchen, die bundesweit bekannt sind als auch lokale Künstler*innen einladen, die die Musiklandschaft in Freiburg und Umgebung prägen.

Zusätzlich wird es ein Rahmenprogramm mit Break Dance, Graffiti, Lesungen und theoretischen Panels geben. Im Anschluss an die Konzerte am Samstag ist außerdem eine Aftershow-Party mit lokalen Künstler*innen des DJ-Kollektivs „FemBPM“ aus Freiburg geplant.

Begründung des Antrags auf ideelle Unterstützung durch den Stura

Wir sind bei dem Festival auf Kooperationen angewiesen und beantragen daher die ideelle Unterstützung des Stura. Wir sehen in dem Festival einen politischen und feministischen Mehrwert und sehen es daher als begrüßenswerte Bereicherung für das Freiburger Kulturleben an, von welchem auch viele Studierende profitieren. Da wir das Projekt ehrenamtlich organisieren wäre die Möglichkeit beim Stura zu drucken sowie Räume zu reservieren eine hilfreiche Unterstützung.

TOP 4: Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).

Antragsteller*in:

Vorstand

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Der Gruppe „Pulse of Europe Freiburg“ die ideale Unterstützung zu entziehen

Begründung:

Der Studierendenrat hat am 31.01.2017 Pulse of Europe die ideale Unterstützung ausgesprochen. Damit hat der STURA ein solidarisches Zeichen gegen den erstarkenden Rechtspopulismus und für ein geeintes, friedliches Europa ausgesprochen. Im STURA-Protokoll vom 24.01.2017 betonten die Antragssteller*innen, dass sie unparteiisch seien, sich aber klar von nationalistischen Gruppen und Ansichten abgrenzen würden.

Im damaligen Antragstext wurde betont:

*„Uns geht es darum, ein Zeichen für ein vereintes, demokratisches Europa zu setzen – ein Europa, in dem die Achtung der Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit, freiheitliches Denken und Handeln, Toleranz und Respekt selbstverständliche Grundlage des Gemeinwesens sind. Als überzeugte Europäer*innen und Demokrat*innen möchten wir den aktuellen zerstörerischen und spaltenden Tendenzen entgegenwirken.“*

Auf der letzten Kundgebung von Pulse of Europe am 05.05.2019 hat die Gruppe „Pulse of Europe Freiburg“ gegen diese Grundsätze verstoßen. Daher ist die ideale Unterstützung hinfällig und sollte ihr entzogen werden.

Neben Vertreter*innen demokratischer Ideen wurde Dubravko Mandic bewusst dazu eingeladen, auf der Bühne einen Redebeitrag zu halten. Es wurde sich also bewusst dafür entschieden einem gewaltbereiten Faschisten und dessen Ideen Raum zu geben.

[Mandic ist wiederholt durch menschenverachtende Kommentare und Handlungen aufgefallen, hier nur ein paar Beispiele: <https://autonome-antifa.org/?article371> ; <https://www.youtube.com/watch?v=t9LVBxlEQ4Y> ; <https://sbamueller.wordpress.com/2019/05/09/ich-lasse-mich-von-dubravko-mandic-nicht-einschuchtern/> ; <https://www.badische-zeitung.de/freiburg/afd-politiker-und-rechtsanwalt-dubravko-mandic-verurteilt--152040069.html>]

Besonderst besorgniserregend ist, dass die Veranstalter*innen keinen Fehler bei sich selbst sehen. Einige lobten sich sogar dafür selbst, allen Ansichten einen Raum gegeben zu haben; selbst wenn es sich wie bei Mandic um Ansichten handelt, die Minderheiten das Existenzrecht absprechen.

Ein konsequentes Eintreten für Menschenrechte und für ein friedliches, gemeinsames Europa benötigt eine „wehrhafte Demokratie“. In diesem Sinne ist es legitim und notwendig, den Feind*innen der Menschenrechte keine Bühne zu geben. Deswegen sollte der StuRa „Pulse of Europe Freiburg“ die ideale Unterstützung entziehen, um ein deutliches Zeichen zu setzen. Kein Fußbreit den Faschist*innen!

Finanzantrag

Öffentlicher Teil

Dieser Teil des Antrags wird in den Protokollen der Studierendenvertretung auf z.B. der Homepage veröffentlicht.



Titel der Veranstaltung, Aktion bzw. Sache

Vortrag "Wie geht eigentlich Hochschulfinanzierung?"

Datum der Veranstaltung/ Fälligkeit der Mittel

Antragssteller*innen

Personen bzw. Gruppen die den Antrag beim StuRa stellen.

Fachschaft Soziologie

19.06.2019

Beschreibung der Veranstaltung, Aktion bzw. Sache

Wesentliche Angaben wie Inhalt, Ziel des Projekts, beteiligte Gruppen.

Immer wieder stoßen wir auf das Thema Hochschulfinanzierung: Sei es hinsichtlich

- der schlechten Bezahlung von HiWi-Stellen,
- der Mittelkürzung des Zentrums für Schlüsselqualifikationen und der UB,
- der Einführung von Studiengebühren für das Zweitstudium und EU-Ausländer*innen,
- oder des Ringens um Gelder der Exzellenzinitiative.

All diese Aspekte wirken sich auf die Gerechtigkeit von Bildungschancen und die Qualität unseres Studiums aus. Doch obgleich wir die Auswirkungen wahrnehmen, ist das komplexe System der Hochschulfinanzierung ohne Vorkenntnisse kaum überschaubar, was gezielte Kritik und Forderungen erschwert.

Jan Cloppenburg, Mitglied im Ausschuss für Hochschulfinanzierung und Hochschulstruktur des fzs*, wird am Mittwoch, den 19. Juni nach Freiburg kommen, um einen Überblick über das Thema zu geben. Entlang der Fragen

- Welche Rolle spielen Bund und Länder in der Hochschulfinanzierung?
- Nach welchen Kriterien werden finanzielle Mittel vergeben?
- Mit welchen politischen Strategien wird agiert?
- Und was steckt hinter Begriffen wie Unternehmerische Hochschule und Spardiktat?

soll der Vortrag das Thema (an)greifbarer machen. Nach dem Vortrag ist zudem Raum für speziellere Fragen

seinerseits. Eingeladen sind alle Interessierten mit und ohne Vorkenntnisse und insbesondere jene, welche sich für

Finanzplan

In dem Plan sind die Ausgaben detailliert aufgeschlüsselt darzustellen, insbesondere Honorare. **Es müssen zusätzlich 5,2% der beantragten Honorare für Künstlersozialabgaben gesondert ausgewiesen werden (Diese werden nicht ausbezahlt).**

Aus dem Plan sollen die insgesamt anfallenden Kosten und der hier beantragte Teil hervorgehen sowie eine Auflistung, wie der Rest finanziert wird (andere Organisationen, Einnahmen etc.).

Honorar	200,00 Euro
Künstlersozialabgabe	10,40 Euro
Fahrtkosten	140,00 Euro

Gesamtkosten	350,40 Euro
--------------	-------------

davon vom
Fachbereichssondertopf
beantragt: 350,40 Euro

Die Veranstaltung richtet sich an alle aktiven Fachschaften und interessierten Studierenden, welche sich mit dem Thema Hochschulfinanzierung auseinandersetzen wollen. Gleichzeitig verfügen wir als kleiner Fachbereich nur begrenzt über Mittel. Daher möchten wir den Vortrag gerne aus dem Fachbereichssondertopf beantragen.

Beim StuRa/ASSt beantragte Summe

350,40 Euro

Datum der Antragsstellung

03.06.2019

Antragsteller*in:

Name/Fachbereich/Gruppe
Iris Kimizoglu

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
den Wortlaut des §3 Abs.5 wie folgt zu ändern: „Wortmeldungen werden durch das Heben einer Hand angezeigt. Wer sich zum ersten Mal zum aktuellen Tagesordnungspunkt meldet, soll vor jenen aufgerufen werden, die sich schon geäußert haben; Redner*innen werden nach drei Listen, divers/weiblich*/männlich*, abwechselnd aufgerufen (unter Berücksichtigung der quotierten Erstredner*innenliste). Redner*innen auf der Liste divers genießen Vorrang vor Redner*innen der Listen weiblich* und männlich*. Redner*innen auf der Liste weiblich* genießen Vorrang vor Redner*innen der Liste männlich*. Die Sitzungsleitung erteilt das Wort. Bei direkt gestellten Fragen kann sie der*dem Befragten vorrangig das Wort erteilen.“

Begründung:

Aufgrund der wegweisenden Verfassungsgerichtsurteils zum dritten Geschlecht müssen auch wir, die VS, als Teilkörperschaft des Öffentlichen Rechts unsere Ordnungen etc. überarbeiten. Der hier vorliegende Antrag folgt der bisherigen Regelung dafür, wie Redelisten zu führen sind, ergänzt die Regelung jedoch um die Spalte divers, um jenen, die sich weder weiblich noch männlich identifizieren eine Option zu geben. Gleichzeitig ist eine dritte Liste praktikabel. Daneben werden aus weiblich/männlich jeweils weiblich*/männlich*. Dadurch wird zum einen das Problem angesprochen, dass Menschen sich gegebenenfalls outen müssten, zum anderen die Binarität von Geschlecht weiter aufgelockert und somit die Möglichkeit sich einer Liste zuzuordnen, mit der man sich am meisten identifiziert, vergrößert. Mit Redelisten geht zwangsläufig einher, dass irgendwer zuerst aufgerufen wird. Bislang quotieren wir Frauen vor, weil diese im Kontext der Redelisten empowert und dadurch sichtbarer gemacht werden sollen. Dies ist grundsätzlich beizubehalten. Der Antrag sieht jedoch weitergehend vor, dass Menschen der Liste divers sowohl vor weiblichen* als auch männlichen* Redenden quotiert werden, da Menschen die sich mit einem dieser Geschlechter identifizieren, aktuell noch unsichtbarer sind als Frauen und daher unbedingt zu fördern sind. Selbstredend bleibt beibehalten, dass die drei Listen im Wechsel abgearbeitet werden und nicht erst alle Menschen einer Liste vor allen anderen Menschen der anderen Listen drankommen.

Antragsteller*in:

PR-Referat, Vorstand

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
dass künftig im Wirtschaftsplan ein eigenständiges Budget für Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen werden soll.

Begründung:

Erstmalig produziert der AStA (Referat für Public Relations/Öffentlichkeitsarbeit und Vorstand) in diesem Jahr ein Video mit Informationen rund um die StuRa-Wahlen. Mit dem Hintergedanken diese Zusammenarbeit in der Zukunft verstetigen zu können und künftig ggf. mehrere Videos im Jahre (evtl. 1 pro Semester) zu verschiedenen Themen rund um die Studierendenvertretung zu produzieren, haben wir uns zu einer Kooperation mit dem Medienzentrum der UB entschieden. Die erste Produktion erhalten wir dabei ausnahmsweise zum Nullkostentarif, da die Kooperation von beiden Seiten erwünscht ist und von Seiten der UB Verständnis dafür herrscht, dass wir kurzfristig keine größeren Mittel akquirieren können. Langfristig bedeutet diese Kooperation jedoch auch, dass verstärkt Mittel für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt werden müssen. Die erwartbare Kosten bewegen sich in einer Größenordnung von ca. 1000 € pro Video. Der StuRa soll daher darüber entscheiden, ob im nächsten Wirtschaftsplan (2020/21) ein Topf für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen werden soll aus dem diese Kosten gedeckt werden können. Entscheidet sich der StuRa dagegen, können weitere Finanzierungsmodelle in Betracht gezogen werden.

Antragsteller*in:

PR-Referat, Vorstand

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
dass die Studierendenvertretung eine langfristige Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum der UB anstreben soll, um künftig Videos rund um Themen der Studierendenvertretung zu erstellen.

Begründung:

Erstmalig produziert der AStA (Referat für Public Relations/Öffentlichkeitsarbeit und Vorstand) in diesem Jahr ein Video mit Informationen rund um die StuRa-Wahlen. Mit dem Hintergedanken diese Zusammenarbeit in der Zukunft verstetigen zu können und künftig ggf. mehrere Videos im Jahre (evtl. 1 pro Semester) zu verschiedenen Themen rund um die Studierendenvertretung zu produzieren, haben wir uns zu einer Kooperation mit dem Medienzentrum der UB entschieden. Der StuRa soll darüber entscheiden, ob dies umgesetzt werden soll

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).